„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor,
Bernhard Bott, Redakteur,
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten Stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Wieder ein Eselstritt.

Schulvorsteher und Fremdsprachen.

Die in den letzten Tagen in Moose Jaw abgehaltene **Konvention der Schulvorsteher von Saskatchewan** hat den Fremdgeborenen und ihren Kindern wieder einen Eselstritt versetzt. Die Versammlung hat nämlich mit großer Mehrheit eine Resolution abgelehnt, welche die Erlaubnis zum Unterricht in fremden Sprachen während der letzten halben Schulstunde forderte, und zwar überall da, wo entsprechende Lehrkräfte vorhanden sind. Mit dieser ablehnenden Haltung hat die Schulvorsteher-Konvention sich wieder einmal **ein geistiges Armutszeugnis** ausgestellt, das unbedingt festgenagelt werden muß.

Mag man gegen den fremdsprachigen Unterricht einwenden, was man will, es gibt nur zwei Möglichkeiten zur Erklärung der törichten und traurigen Haltung der in Moose Jaw versammelten Delegaten. Einmal ist die Verwerfung der Resolution ein schlagender Beweis dafür, daß auf den allgemeinen Schulvorsteher-Konventionen noch **der schmähliche Fanatismus** herrscht, durch den diese Versammlungen in den letzten Jahren berüchtigt geworden sind. Ein weiterer Beleg dafür ist unter anderem auch die Aeußerung eines Redners, des Rev. M. Gordon Melvin von Regina, der ausrief:

„So groß ist die Macht der Erziehung, daß eine Gruppe von Propagandisten, wenn sie unser Schulsystem unter ihre Kontrolle brächte, in weniger als einer Generation unser Land beherrschen könnte. Man kann den Charakter und das Aussehen unseres Volkes ändern. Deutschland tat das im Interesse des Militarismus."

Wenn damit behauptet werden soll, daß die deutschen Schulen Pflegestätten des Militarismus waren, so ist das als eine glatte Unwahrheit zu brandmarken. Diese Zeilen schreibt ein Mann, der in der Vorkriegszeit selbst die deutschen Schulen von der untersten Stufe bis zur Universität einschließlich durchlief. Nirgends ist der militaristische Geist gezüchtet worden, wie überhaupt die deutschen Schulen viel weniger unter nationalistischen und politischen Einflüssen standen wie in anderen Ländern, Canada nicht ausgenommen. Man möge doch endlich mit den lächerlichen Verdächtigungen deutscher Institutionen aufhören, womit man in der Kriegszeit wohl ganze Armeen von Dummen einfangen konnte, womit aber heute auf vernünftige und anständige Menschen kein Eindruck mehr zu machen ist. Außerdem zeigt jeder, der so alte Ladenhüter aus der Kriegszeit ans Tageslicht zieht, daß er mit seiner Wissenschaft noch im Rückstande ist und an einer phänomenalen Unkenntnis der wirklichen deutschen Verhältnisse krankt. Doch das nur nebenbei, um den Geisteszustand der Konvention in Moose Jaw zu beleuchten.

Neben dem Fanatismus muß auch **die Kurzsichtigkeit** bedauert werden, welche den Gegnern der fremdsprachigen Resolution eigen ist. Oder ist es nicht kurzsichtig, wenn man die Kinder daran hindern will, außer der englischen Sprache noch eine andere zu erlernen? **Sind die Schulen von Saskatchewan wirklich nur Anglisierungs-Institute,** Mittel zur restlosen Verenglischung der Jugend, in der man die guten Eigenschaften, die sie von ihren Eltern und Vorfahren ererbt hat, mit Gewalt unterdrücken und ersticken will, um sie im allgemeinen Völkerbrei dieses Kontinents aufgehen zu lassen? Ist es nicht eine Tatsache, daß jeder Mensch, der mehr als eine Sprache beherrscht, im wirtschaftlichen und im öffentlichen Leben wertvoller ist als jener, der nur Englisch kann? Oder fürchten die Engländer **die Konkurrenz der „Foreigners" und ihrer Kinder,** die an den höheren Schulen schon oft den Beweis erbrachten, daß sie den englischen Mitschülern überlegen sind? Jawohl, **es ist der blasse Neid,** der es unseren Kindern nicht gönnen will, daß sie durch Sprachenkenntnisse im Leben besser vorwärts kommen als die anderen.

Nach der Konvention in Moose Jaw werden die deutschen Steuerzahler und die deutschen Schulvorsteher es sich überlegen müssen, **ob es überhaupt noch einen Zweck und Nutzen hat, der allgemeinen Schulvorsteher-Vereinigung anzugehören.** Nach den Erfahrungen der Vergangenheit herrscht auf den Konventionen ein so unduldsamer und kurzsichtiger Geist, daß die berechtigten Forderungen der Fremdgeborenen dort nicht durchgesetzt werden können. Wozu dann Zeit und Geld aufwenden? Wozu uns immer wieder Eselstritte versetzen lassen?

Manche mögen einwenden, wir sollten **den Grundsatz der „Co-operation"** zur Anwendung bringen. „Co-operation" hat nur dann einen Sinn, wenn sie auf Gegenseitigkeit, wenn sie auf Geben und Nehmen, wenn sie auf allseitigem Entgegenkommen beruht. Alles andere ist keine „Co-operation", sondern nur Heuchelei, hinter der sich **Diktatorgelüste einer Gruppe gegenüber einer anderen** verbergen. Diese Erfahrungen kann man in Canada Tag für Tag machen. Mit „Co-operation" werden wir auf Schritt und Tritt eingeseift, damit man uns gutmütigen Fremdgeborenen dann umso besser über die Löffel barbieren kann. Haben wir das noch nicht begriffen? Will irgendeiner behaupten, daß wir auf irgendeinem Gebiete gleichberechtigt mit den anderen sind? Schauen wir in die Parlamente, in die Farmerorganisationen, in die Schulen, in die Stadt- und Gemeinderäte hinein! Ueberall herrschen die anderen, während wir arme Schlucker uns mit dem schwachen Trost zufriedengeben müssen, daß wir ja auch mitzahlen und mitarbeiten dürfen, daß man bei Wahlen oder bei Organisationsgründungen ganz gerne unsere Dienste in Anspruch nimmt, während es hernach heißt: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan; er kann gehen." Das ist die „Co-operation", die man uns zubilligt. Aber wehe uns, wenn es uns einfallen sollte, auch einmal unser gutes Recht zu fordern, wie es durch die fremdsprachige Resolution in Moose Jaw geschehen ist! Dann ist der Teufel los. Fragen wir uns einmal: Wäre es nicht an der Zeit, die ganze „Co-operation" als ein System der Heuchelei öffentlich zu brandmarken und **zur Selbsthilfe zu greifen, uns auf eigene Füße zu stellen, uns unser gutes Recht auf eigene Faust zu erkämpfen** und uns nicht mehr auf den guten Willen und das Wohlwollen der anderen zu verlassen? Wir sind eine Macht, wenn wir uns nur unserer Kraft bewußt werden, wenn wir alle Gutgesinnten zusammenfassen und mit Starkmut und eiserner Entschlossenheit einem großen Ziele zustreben.

Wir dürfen die Sprachenfrage nicht ruhen lassen, selbst wenn dabei politisches Porzellan zerschlagen werden müßte.

Deutsch-polnischer Konflikt

Polen betrachtet die Unterhandlungen mit Deutschland über den Abschluß eines Handelsvertrages durch die der Warschauer Regierung übermittelte deutsche Note als abgebrochen, und die polnische Delegation wird Berlin verlassen. Diese Erklärung ist in einer Antwortnote Polens enthalten, die von dem polnischen Hauptdelegaten Prabynski dem Obmann der deutschen Delegation Dr. Lewald überreicht wurde.

Die Reichsregierung hatte in ihrer Note den Standpunkt vertreten, daß ein Uebereinkommen zwischen Polen und Deutschland über die deutschen Ansiedelungsrechte in Polen erzielt werden müsse, ehe die unterbrochenen Verhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern wieder aufgenommen werden können. In der deutschen Note wurde darüber Beschwerde geführt, daß die polnischen Behörden, besonders in Oberschlesien, seit Monaten deutsche Bürger durch die Weigerung, deren Aufenthaltserlaubnis zu verlängern, ihrer wirtschaftlichen Stellungen beraubt und sie dann ausgewiesen haben.

Die polnische Regierung erwidert, die Forderung Deutschlands, die Wiederaufnahme der Handelsvertragsunterhandlungen von einer endgültigen Vereinbarung über die Siedlungsfrage abhängig zu machen, sei unannehmbar. Es wird bemerkt, daß es die polnische Delegation unangenehm berührte, daß eine angesagte Sitzung der beiden Delegationen von den Deutschen nur 10 Minuten vor dem anberaumten Beginn telegraphisch abgesagt wurde. Die polnische Regierung besteht darauf, daß die in Polen geltenden Verordnungen zum Schutze einheimischer Arbeit ihr das Recht geben, Gesuche von Ausländern um Verlängerung ihres Aufenthaltes abzulehnen, wenn sie glaube, daß die wirtschaftlichen Interessen des Landes ein solches Vorgehen notwendig machen. Polen verlangt, daß ein Abkommen über die Einreise- und Siedlungsrechte von Deutschen in Polen und von Polen in Deutschland einen Teil des Handelsvertrages bilden soll.

Hindenburgs Dank an die Schweizer

Anläßlich des Abschlusses des schweizerischen Hilfswerkes für Deutschland während und nach der Kriegszeit hat der deutsche Gesandte Dr. Müller in Bern dem Schweizer Bundespräsidenten Dr. Motta durch Ueberreichung eines kunstvollen Glasgemäldes den herzlichen Dank des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht. Das Gemälde, ein Werk des Berliner Künstlers Professor Max Pechstein, trägt die Inschrift: „Der Reichspräsident von Hindenburg den Freunden in der Not."

Die Ministerpräsidenten von Bayern, Baden, Württemberg und Hessen schlossen sich dem Dank des Reichspräsidenten an.

Gesandter Müller hielt bei Ueberreichung der Gabe eine Ansprache, in welcher er auf das monumentale schweizerische Hilfswerk und das segensreiche Wirken während der 10 Jahre seines Bestehens hinwies.

Bundespräsident Motta erwiderte in deutscher Sprache, die er ebenso wie seine italienische Muttersprache und das Französische beherrscht. Die Schweiz habe im Kriege ihre Aufgabe im Sinne des griechischen Richters aufgefaßt: „Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da."

Bei Erwähnung der Leistungen Deutschlands für die Schweiz gedachte Motta besonders der deutschen Hochschulen, an denen Schweizer so gern studieren. Die Persönlichkeit Hindenburgs schilderte er mit den folgenden Worten: „Diese gewaltige geschichtliche Gestalt, die dereinst wie ein Held der alten Sage im Bewußtsein der deutschen Nation fortleben wird."

Das Glasgemälde stellt eine junge Mutter dar, umgeben von Kindern.

Weltumschau

Deutschland.

Eingehende Besprechungen wird das vom Reichskanzler in seiner Programmrede angekündigte Reichsschulgesetz veranlassen, und dürften gerade dabei die verschiedenen Anschauungen scharf aufeinanderplatzen. Als Aufgabe solcher Gesetzgebung wird die Entpolitisierung der Schule hingestellt. Die Jugend soll für die Mitarbeit am Volksstaat herangebildet, zur Mitverantwortung für das Wohl des Reichs erzogen, Reichsgesinnung in ihr erweckt und gepflegt werden. Zugleich aber sollen die Erinnerungen an die frühere Zeit der Größe Deutschlands in der Jugend lebendig erhalten bleiben. Die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz dürften den Prüfstein für die wahre Stärke der Regierung abgeben.

Die französische Gendarmerie entfaltet in dem karnevalsfreudigen Andernach am Rhein in der letzten Zeit eine erhöhte Kontrolltätigkeit, die der Komik nicht entbehrt. Die Andernacher Stadtsoldaten, eine Karnevalsgesellschaft mit grotesk-humoristischer Uniformierung und Holzgewehren, hielten eine humoristische Exerzierübung ab. Die französische Gendarmerie aber glaubte an den „militärischen Kommandos" Anstoß nehmen zu müssen. Auch auf dem Gemeindeballe der Stadtsoldaten erschien französische Gendarmerie, um persönlich die Harmlosigkeit dieses „Truppenteils" nachzuprüfen. Am gleichen Tage verhaftete die Gendarmerie einen Einwohner, der, als Ulan verkleidet, zum Maskenball gehen wollte.

Zur Förderung der Mosel- und Saarkanalisierung hat sich eine Interessengemeinschaft zwischen den Städten und Industrie- und Handelskammern Koblenz und Trier gebildet. In einer Denkschrift wird hervorgehoben, daß durch Kraftwerke an Mosel und Saar 200,000 Pferdekräfte gewonnen werden könnten. In wirtschaftlicher Hinsicht wäre die Kanalisierung der Mosel und Saar ein Werk von höchster Bedeutung, denn die Zukunft des Mosel- und des unteren Saartales stehe und falle mit der Schiffbarmachung der beiden Flüsse und der Erschließung ihrer Wasserkräfte. Auf die Dauer werde es nicht zu verantworten sein, daß der größte und leistungsfähigste Nebenfluß des Rheins, die Mosel, nutzlos dahinfließt, während er der deutschen Volkswirtschaft unschätzbare Dienste leisten könne. Schließlich würde die Mosel als Großschiffahrtsweg eine wichtige Verbindung zwischen dem deutschen und dem französischen Wasserstraßennetz darstellen.

Der frühere deutsche Kaiser bestreitet in einem Kabelgramm an George Sylvester Viereck, einen New Yorker Schriftsteller, daß er beabsichtige, in seinen Palast in Berlin zurückzukehren. Viereck hatte den früheren Kaiser in Kenntnis gesetzt, daß europäische Nachrichten vor kurzem meldeten, er wolle nach dem Berliner Palaste, der sein Eigentum verbleibt, zurückkehren. Die Antwort lautete: „Nachrichten über beabsichtigte Rückkehr nach Berlin unwahr. Nichts Neues in Doorn. Auf Befehl seiner Majestät des Kaisers u. Königs, Admiral Rebeur."

Das öffentliche Eheaufgebot des ehemaligen Herzogs Joachim Ernst von Anhalt, Erbe einer der reichsten deutschen Fürstenfamilien, und der Ottilie Elisabeth Strickrodt, angeblich die Tochter eines Theaterdirektors, wurde angeschlagen. Der ehemalige Herzog von Anhalt, der 27 Jahre alt ist, hat vor zwei Jahren eine Weltreise unternommen.

Die Betriebsleitung der Hamburg-Amerika-Linie gibt die baldige Wiederaufnahme eines direkten Passagierverkehrs zwischen dieser Stadt auf der einen und Los Angeles sowie San Francisco auf der anderen Seite durch den Panama-Kanal bekannt. Eine Anzahl moderner Motorschiffe sollen auf dieser Route eingestellt werden.

Rußland

Die Sowjetregierung hat jetzt praktische Lehrkurse organisiert, in welchen alle männlichen Arbeiter in Fabriken und Mühlen in der Fliegerei und in chemischen Kriegsmitteln ausgebildet werden. Diese Ausbildungskurse, welche sechs Monate dauern und obligatorisch sind, sollen ein weiterer Schutz für evtl. Angriffe auf Rußland von Seiten anderer Mächte sein.

Oberst Hugh L. Cooper, ein amerikanischer Fachmann für Kraftanlagen, wird zum leitenden beratenden Ingenieur der Sowjetbehörden bei dem Bau der Wasserkraftanlage am Dnjeper-Flusse in der Ukraine ernannt werden. Das Werk wird $60,000,000 kosten. Es heißt, daß ihm das höchste Gehalt gezahlt werden wird, das je von der Sowjetregierung einem technischen Fachmann geboten wurde.

Der Generalsekretär der britischen Bergwerksverbande, Cook, ist zum Ehrenmitglied der Leningrader Sowjets erwählt worden.

Die Vereinigten Staaten haben bezüglich des Imports nach Rußland wiederum die Führung übernommen. Während des ersten Quartals des neuen Rechnungsjahrs stellt sich der Wert der Einfuhr der amerikanischen Manufakturwaren in Rußland auf $17,000,000, etwa eine Million Dollars mehr als während des gleichen Zeitraums des Vorjahres. Deutschland, dessen Einfuhr hinter der amerikanischen nur um eine Kleinigkeit zurück ist, kommt an zweiter, England an dritter und Polen an vierter Stelle.

Polen

Marschall Pilsudski, Polens Premier und Kriegsminister, erschien im Landtag, wie man annimmt, bereit, die Körperschaft aufzulösen, falls sie sich zum Budget feindlich stellen sollte. Man erwartete eine ablehnende Abstimmung, weil sich während der letzten Tage große Opposition gegen das Budget entwickelt hatte; doch ging die Opposition bei dem Erscheinen des Premiers in die Brüche; und das Budget für 1927/28 wurde angenommen. Zum ersten Male seit Bestehen der Republik wurde mit einem Ueberschuß von 4,000,000 Zloty das Budget ins Gleichgewicht gebracht. Der größte Posten in der Ausgabenliste sind die Bewilligungen für die Armee in Höhe von 624,000,000 Zloty. Dann kommen mit 325,000,000 Zloty die Ausgaben für das Erziehungsministerium. (Der Zloty hat nach den gegenwärtigen Notierungen einen Wert von 12 Cents.)

Die polnische Steuerbehörde ist auf große Steuerhinterziehungen gekommen, die sich der Abgeordnete Korfanty zuschulden kommen ließ. Er soll nur den achtzigsten Teil seiner Einkünfte zur Besteuerung angegeben haben.

Rumänien.

Die Bauern des Distrikts Cluj haben einen Glassarg bestellt, um die gut erhaltene Leiche eines Popen, der seit 200 Jahren tot ist, auszustellen. Sie sehen die Erhaltung der Leiche, um die herum sechs Holzsärge vermodert sind, als ein Wunder an. Doktoren haben versucht, den Bauern zu erklären, warum sich die Leiche in gutem Zustande befindet, aber sie ziehen vor, die Theorie des Uebernatürlichen anzunehmen. Um die Kosten des teuren Sarges zu decken, wird von denen, welche die Leiche sehen wollen, ein Eintrittsgeld erhoben.

Jugoslavien.

Bei einem Erdbeben, das einen großen Teil der adriatischen Küste und der Provinzen Bosnien, Herzegowina und Dalmatien erschütterte, haben mehrere hundert Leute (man spricht sogar von 600) das Leben verloren. Die genaue Anzahl der Opfer steht noch nicht fest, wie sich auch der ungeheure Schaden noch nicht abschätzen ließ. Eine Verbindung mit dem größten Teil der von dem Erdbebeheimgesuchten Gebiete ist unmöglich und es müssen, bevor sich der Umfang der Katastrophe erkennen läßt, die Berichte der Expeditionen abgewartet werden, die sich von Belgrad und anderen Städten nach der Erdbebenzone begeben haben. Diese Zone erstreckte sich landeinwärts bis Serajewo, aber am schlimmsten wurden die mit der Küste parallel laufenden Gebirgsgegenden in Mitleidenschaft gezogen. Große Landstrecken an beiden Ufern des Flusses Naremla, der von der Dumos Planina in der Herzegowina kommt und sich bei Fort Ochus ins Adriatische Meer ergießt, wurden erschüttert. In einigen Gegenden bildeten sich breite Erdspalten, in andern stürzten Häuser mit den schlafenden Bewohnern in den Fluß. An vielen Stellen ereigneten sich Erdrutsche. In Ragusa, Ljubinje und Perkrutsch sollen viele Leute getötet worden sein. Glücklicherweise sind die Gebirgsgegenden, die am meisten litten, nur spärlich bewohnt. Nach einem Bericht soll in Ragusa das Hotel de la Ville eingestürzt sein, wobei viele Leute ums Leben kamen. Jugoslawische Truppen sind Tag und Nacht damit beschäftigt, die Bahnverbindung mit dem betroffenen Gebiet wieder herzustellen, um Bahnzüge mit Nahrungsmitteln abschicken zu können. —

Kaum hatte man die ersten Vorbereitungen zur Bergung der Todesopfer des ersten Erdbebens getroffen, als neue schwere Stöße die Erde erschütterten und die kleine Stadt Ljubinje zu einem Trümmerhaufen machten, wobei weitere 91 Menschen ihr Leben einbüßten. Die kürzlich von den Erderschütterungen Betroffenen hatten sich gerade von den ersten Schrecken erholt und wurden durch die neuen Stöße, die in der Umgebung von Serajewo gefühlt wurden, die auch gleichzeitig eine Schneelawine ins Rollen brachten und 12 Personen durch Verschüttung den Tod fanden, in große Angst versetzt.

Frankreich

Die französische Kammer bewilligte zehn Millionen Francs für Unterstützung der Arbeitslosen. Das Problem wachsender Beschäftigungslosigkeit der Bewohner hat seit einigen Monaten in Frankreich Besorgnis erregt. Premier Poincare teilte der Kammer am 4. Februar mit, daß in Frankreich 57,000, im Pariser Distrikt 26,000 Personen arbeitslos seien. Vor einigen Monaten gab es in Frankreich fast noch gar keine Beschäftigungslose. Nun sagte Poincare in der Kammer, daß noch weitere Bewilligungen ins Auge gefaßt werden müßten für den Fall, daß solche durch eine Verschlimmerung der Lage notwendig werden sollten, fügte aber hinzu, der Stand der Dinge bessere sich bereits. Er gab gleichzeitig den Abgeordneten bekannt, daß das Kabinett beschlossen habe, den Unterstützungsbetrag zu erhöhen und 60 Prozent von den Unterstützungen, welche die Kommunen für die Arbeitslosen ausgesetzt, vom Staat tragen zu lassen.

„Wenn der Franc erst einmal wieder zwanzig Cents wert wird," lautet der Titel eines Kabarettliedes, das gegenwärtig in Paris die Runde macht und die guten Tage schildert, die sich der Franzose zu machen gedenkt, wenn er wieder reich sein, die Amerikaner und Engländer hinausschieben und sein Land wieder sein eigen nennen wird.

Elsaß

Der berüchtigte Separatistenführer Paul Hocquel wurde in einem kleinen Hotel in Röschwoog im Elsaß mit einer schweren Vergiftung aufgefunden. Kurz nach der Ueberführung ins Krankenhaus ist Hocquel verstorben. Während der Lostrennungsbewegung im Rheinland war er ein intimer Freund Dortens, den er in den Jahren 1919/20 eifrig unterstützte. Hocquel war auch der Urheber des Ueberfalls auf das Lastauto, das eine größere Summe Geldes an die Reichsbankfiliale Wiesbaden überführen sollte. Er wurde seinerzeit von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet. Man machte ihm auch den Prozeß vor dem französischen Kriegsgericht, und er wurde aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen. Seitdem hatte er sich, wie französische Blätter berichten, „verbittert aus dem politischen Leben zurückgezogen".

Großbritannien.

Mindestens zehn Passagiere kamen ums Leben und viele wurden verletzt, als ein Zug von Withernsea mit einem auf der Fahrt nach Scarborough befindlichen Expreßzuge zusammenfuhr. Sechs Waggons des Withernsea-Zuges, in dem sich eine Anzahl Schulkinder und Geschäftsleute befanden, überschlugen sich. Die Toten und Verwundeten waren Passagiere dieses Zuges. Einige der Waggons wurden völlig zersplittert, wodurch die Rettungsarbeiten erschwert wurden. Außer den acht Toten wurden fünfzig Personen verletzt, 15 von ihnen lebensgefährlich. Mehrere der Verletzten sind Schulkinder. Der Zusammenstoß war so gewaltig, daß Häuser in der Nähe erschüttert wurden.

Italien

Premier Mussolini und der deutsche Ausland-minister Stresemann hatten ihre lange verzögerte Zusammenkunft. Die Minister trafen sich in San Remo, wo Stresemann zur Kur weilt.

Türkei

Die stetige innere Festigung des türkischen Staatswesens wird durch das wachsende Vertrauen des ausländischen Kapitals gekennzeichnet, das in der Türkei gewinnbringende Betätigung sieht. In erster Linie kommen die in Aussicht genommenen größeren Bahnbauten für größere Kapitalsanlagen in Betracht. Um die Vergebung der Baukontrakte haben sich deutsche, belgische und schwedische Gruppen beworben. Mit den Belgiern und den Schweden hat die türkische Regierung bereits Verträge abgeschlossen, in denen die Schweden den Bau der Linien Angora-Freglt, und Keller-Malatia und Diarbekir und die Belgier die Herstellung der Bahnlinien Sivas-Tokat, Sivas-Kaiserin und Kaiserin Ulu-Kischlu und den Ausbau des Hafens von Samsun übernehmen. Die Schweden wollen die Arbeiten in fünf Jahren und die Belgier in drei Jahren durchführen. Erstere sollen ihr vorgeschossenes Kapital in zehn und letztere in sechs Jahren zurückerhalten. Auch andere kapitalistische Gruppen bemühen sich in der Türkei um ein größeres Tätigkeitsfeld. Eine holländische Gruppe hat sich angeboten, den Ausbau des geplanten Freihafens von Konstantinopel zu übernehmen, während eine englische Gruppe das Kohlengebiet von Sunguldak großzügig erschließen will. Man glaubt daher hier, für die nächsten Jahre mit einem außerordentlich starken wirtschaftlichen Aufschwung des Landes rechnen zu können.

Gegenüber den Gerüchten, daß man sich in maßgebenden türkischen Kreisen mit dem Gedanken trage, den Eintritt der Türkei in den Völkerbund in Erwägung zu ziehen, wird in der Regierungspresse darauf aufmerksam gemacht, daß für die Türkei die guten Beziehungen zu Rußland weit höher im Kurs stehen als der Gedanke eines Eintritts in den Völkerbund in dessen heutiger Form.

Japan.

Premier Wakatsuki gab im Oberhause des Landtages die Erklärung ab, daß Japans gegenwärtige Streitkräfte zu Wasser und zu Land notwendig seien, um Japans jetzige Machtstellung und Rechte aufrechtzuerhalten und zu schützen. Er sagte: „Wenn in Japans internationalen Verhältnissen zur allgemeinen Weltlage nicht eine ganz bedeutende Aenderung eintritt, muß Japan die gegenwärtige Stärke seiner Land- und Seestreitkräfte aufrechterhalten."

Diese Erklärung wurde als Antwort auf eine Interpellation über den Vorschlag des Präsidenten Coolidge abgegeben.

China

Man glaubt, daß die Unterhandlungen zwischen der Kantoner und der britischen Regierung über den Abschluß eines Abkommens hinsichtlich der künftigen Verwaltung der britischen Konzessionen in Hankau und Kiukiang vollständig abgebrochen wurden. Eine offizielle Bekanntmachung ist nicht erfolgt, doch steht fest, daß die letzte Konferenz zwischen dem Außenminister der nationalistischen Regierung, Eugen Tschen, und dem britischen Geschäftsträger Owen O'Malley ergebnislos verlief. Bevor die Konferenz begann, war erklärt worden, daß in dieser Unterredung der letzte Versuch gemacht werden wird, eine Einigung zustandezubringen. Nach der Konferenz wurde mitgeteilt, daß das Abkommen nicht unterzeichnet wurde.

Der britische Geschäftsträger hat eine Erörterung des Verlaufes der Konferenz abgelehnt, während im Außenamt der südchinesischen Regierung bloß erklärt wurde: „Wir haben nichts zu sagen, aber das heißt nicht, daß in der Lage eine beunruhigende Wendung eingetreten ist." Eine ausführliche Erklärung wird morgen erwartet.

Großbritannien besteht noch auf der Landung von Truppen in Schangsai zum Schutze des Lebens und Eigentums britischer Untertanen, und während zuerst offiziell erklärt wurde, daß eine Landung nur dann erfolgen werde, wenn die britischen Vertreter in Schanghai dies als notwendig ansehen würden, wurde vor einer Woche britischen Truppen, die aus England und Indien in Hongkong landeten, der Befehl erteilt, sich sofort nach Schanghai zu begeben. Die Stärke des britischen Expeditionskorps, das von England nach China unterwegs ist, wird auf 16,000 bis über 20,000 Mann geschätzt.

Die Versuche Großbritanniens, die Pekinger Regierung zu bewegen, zum Verhandlungstisch zu kommen und die Bedingungen für einen neuen Vertrag zu besprechen, sind bisher ebenfalls erfolglos gewesen, da auch die Pekinger Regierung gegen eine Landung britischer Streitkräfte in Schanghai Protest eingelegt hat.

Ver. Staaten

Die französische Regierung hat in einer hier eingelangten Note den Vorschlag des Präsidenten Coolidge für eine neue Konferenz zur Einschränkung der Seerüstungen höflich abgelehnt. In der Note wird ausgeführt, die französische Regierung sei überzeugt, daß die Annahme des amerikanischen Vorschlages den Erfolg der Arbeit, die der Völkerbund in dieser Angelegenheit bereits geleistet hat, gefährden würde. Es wird erklärt, daß die Verhältnisse heute ganz anders liegen als im Jahre 1921, wo man sich darauf beschränkte, nur mit einigen Mächten ein Abrüstungsabkommen abzuschließen, das sich ausschließlich auf die Seestreitkräfte bezog. Heute könne die Abrüstung nur in Bezug auf das ganze Problem und für alle Mächte in Erwägung gezogen werden. In den Augen des Völkerbundes seien alle Staaten, große sowohl wie kleine, einander gleichgestellt, und wenn Frankreich sich auf ein Abrüstungsabkommen mit einigen auserwählten Mächten einlassen wollte, würde es dem Prinzip der Liga untreu sein.

Völkerbund.

Die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien hat bei dem Völkerbund einen Protest dagegen eingereicht, daß Polen sich weigere, den Bestimmungen der Entscheidung der gemischten deutsch-polnischen Kommission gemäß zu handeln und den deutschen Bürgern Polens die Wahl zu lassen, ihre Kinder in deutsche oder polnische Schulen zu schicken. Diese neue Streitfrage wird wahrscheinlich in der Märzsession des Ligarates in Erwägung gezogen werden.

818 Todesfälle an Influenza waren in der ersten Woche des Februar in den größeren Städten Englands zu verzeichnen, und über 400 in Bulgarien, besagt eine von der Gesundheitssektion des Völkerbundes veröffentlichte Ankündigung. Der gefährliche Umfang der Krankheit erhellt des weiteren aus der Tatsache, daß in genannter Woche insgesamt 100,000 Influenzafälle gemeldet wurden. Ungeachtet der hohen Todesziffern in England, ist die Epidemie in London im Rückgange. Eine starke Zunahme wird in Japan und eine leichte Zunahme in der Tschecho-Slowakei, Portugal und Ost-Ungarn gemeldet.

Unterdrückung der Weißrussen in Polen.

Die letzten Massenverhaftungen in den zu Polen gehörigen Teilen Weißrußlands wurden von offizieller Seite als Verteidigungsmaßnahmen gegen eine von der Roten Internationale angezettelte Verschwörung bezeichnet. Die weißrussischen Oppositionskreise sehen in ihnen eine neuerliche Unterdrückungsmaßnahme gegen das weißrussische Volk und erklären, daß die Ereignisse nur aus der allgemeinen Lage der Weißrussen in Polen richtig beurteilt werden können.

Es wird darauf hingewiesen, daß in den Wojwodschaften Wilna, Nowgorod und Polesien nach Angabe der amtlichen polnischen Statistik 1,001,879 Weißrussen leben. Weißrussische Quellen geben eine viel höhere Zahl an und auch polnische Publizisten schätzen die Zahl der polnischen Weißrussen auf 1,500,000 bis 1,600,000. Diese ansehnliche Minderheit lebe in einem geschlossenen Siedlungsgebiet und verteidige selbstbewußt ihre in den Friedensverträgen verbrieften Rechte.

Der Schriftleiter der Krakauer „Nowa Reforma", Konstantin Serkowski, schreibt:

„Zur Zeit, als sich die Deutschen zurückzogen, und die Polen in das weißrussische Gebiet eindrangen, bestanden hier etwa 350 weißrussische Volksschulen und eine Lehrerbildungsanstalt. Diese Schulen haben die polnischen Militärbehörden noch im Jahre 1919 auf drastische Weise liquidiert. Die Schulgebäude wurden zum Teil zerstört, zum Teil für polnische Schulen konfisziert und schließlich mit Verordnung vom 15. November 1921 der Gebrauch der weißrussischen Sprache als Unterrichtssprache verboten. Vom ganzen weißrussischen Schulwesen sind nur noch 36 Privatschulen erhalten geblieben.

„Zu den kulturellen Nöten der Weißrussen gesellen sich wirtschaftliche. Der weißrussische Bauer gehört zu den ärmsten des östlichen Europa. Sein ganzes Sinnen ist auf eine Agrarreform gerichtet, die ihm Boden gibt. Zu Entnationalisierungszwecken wurde jedoch Boden blos an polnische Legionäre verpachtet und diese verpachten oft zu einem hohen Pachtschilling weiter an die Bauern.

„Die Selbstverwaltung der Gemeinden wurde durch ernannte Kommissare ersetzt und keins der altübergebrachten russischen Rechte wird anerkannt.

„Von den Massenverhaftungen sind zumeist Mitglieder der weißrussischen Organisation „Hromada" betroffen worden. Diese Vereinigung, die unter dem polnischen Druck im Jahre 1925 gegründet wurde, umfaßt 80,000 Mitglieder und fünf Abgeordnete. Ihre Tätigkeit lag vorwiegend auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete. Politisch kämpfte sie gegen die Besiedlung weißrussischen Bodens mit polnischen Legionären und sprach sich für die Selbständigkeit der weißrussischen Gebiete aus. Ihre Mittel waren durchaus legal. Nach zweijähriger Tätigkeit setzen nunmehr Massenverhaftungen gegen sie ein."

— Man mag es drehen und wenden, wie man will: es gibt nur ein einziges höchstes und edelstes Recht, auf das jeder Mensch Anspruch hat — die Pflicht!

Laß aber du, o Vaterland, dich mahnen,
Vergiß sie nicht, die Kinder in der Ferne;
Sie werden segeln unter deinen Fahnen,
Drum sorge du, daß man sie achten lerne;
Und ziehen sie auch von Pol zu Pol die Bahnen,
Sei du mit ihnen wie die treuen Sterne,
Und halte jedes, einer Welt zum Trutze,
Je ferner dir, je näher deinem Schutze.

Friedrich Hebbel.